

**MA(c)H(t)MUT 03/2015**

- **In wessen Namen eigentlich? #nopegida** Seite 2
- **Jetzt Verantwortung übernehmen** Seite 4
- **Die Mietpreisbremse kommt** Seite 6
- **Treffen mit Interessenvertretern** Seite 8
- **Namentliche Abstimmungen** Seite 10
- **Berlin, Berlin, nur du allein** Seite 13
- **Hooligans, Rechte und der Fußball** Seite 14
- **Glücklich in Texas** Seite 15
- **Aus dem Büro: Interview mit Zehra Hekim** Seite 16

IMPRESSUM■ **V.i.S.d.P.**

Mahmut Özdemir, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

das Jahr 2014 war arbeitsreich und aus sozialdemokratischer Sicht erfolgreich. Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn in Kraft gesetzt. Damit haben wir einen sozialdemokratischen Mosaikstein aus unserem ganzheitlichen Ansatz realisiert, welcher lautet: Wer arbeitet, muss davon leben können und wer gearbeitet hat, muss wiederum von seiner Rente leben können.

Der zweite Mosaikstein auf dem Weg zu einem arbeitsmarktpolitischen Gesamtkunstwerk ist die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (rund 250.000 betroffene Menschen bundesweit) sowie die Mütter-/Väterrente (rund 6.000.000 Menschen bundesweit).

Bezeichnend ist jedoch, dass die Wirtschaft die Debatte um den Mindestlohn größtenteils in Bezug auf Umgehungsmaßnahmen führt und sich bei der Rente über das Thema „Generationengerechtigkeit“ zerfranst. Ich habe diesen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus voller Überzeugung zugestimmt. Wenn es Gerechtigkeitslücken im Gesetz gibt, dann müssen diese halt

geschlossen werden! Mit dem Mindestlohn dichten wir den Arbeitsmarkt nach unten ab. Die Rentner von heute haben sich ihre Rente verdient, so wie ich sie mir mit meiner Generation verdienen will und werde, mit guten unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Es geht nicht um Generationengerechtigkeit, sondern um Generationensolidarität oder auf Deutsch: Geben und Nehmen!

Soziale Marktwirtschaft bedeutet nicht, den Menschen in die Lohntüte zu werfen, was Ihnen fehlt, sondern gesetzgeberisch dafür zu sorgen, dass sie mit dem, was sie selber erarbeiten, ein selbstbestimmtes und selbstbewusstes Leben führen zu können. Dabei müssen sie sich im Zweifel voll auf „uns“, die Gesellschaft, verlassen können. Arbeitgebern, die durch prekäre Arbeitsverträge, die den Sozialstaat zur Regel machen wollen und Arbeit durch den Steuerzahler subventionieren lassen, sagen wir den Kampf an!

Nicht nur bei Rente und Mindestlohn konnten wir Einträge auf der Haben-Seite unseres politischen Kontos verbuchen. Auch bei den vielen anderen zentralen Vorhaben haben wir Wort gehalten. Künftig gibt es

keine Pflicht mehr, sich zwischen dem deutschen und dem ausländischen Ausweis entscheiden zu müssen. Auch dürfen Bund und Länder jetzt auch auf verfassungsfestem Boden miteinander im Hochschulbereich zusammenarbeiten. Damit nicht genug: Das Ba-föG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) wird finanziell besser ausgestattet, damit mehr Studierende heute oder die, die

es zukünftig werden wollen, ohne Blick auf das eigene oder elterliche Konto ihren Weg gehen können.

Einige Vorhaben stehen mit dem Status „in Bearbeitung“ im Jahr 2015 auf der Tagesordnung: Dazu gehört das Bundes-teilhabe-gesetz mit den Entlastungen für die kommunalen Haushalte und das Gesetz

zur Regelung von „Abkühlungszeiten“ zwischen einem Ministeramt und dem Gang in die private Wirtschaft. Beides sind für mich zentrale Gesetzesvorhaben!

Herzlichst, Euer



Mahmut Özdemir

In wessen Namen eigentlich?

#nichtinmeinemnamen #nopegida

Deutschland stellt sich vor die Religionsfreiheit von Berlin bis Duisburg!

von Mahmut Özdemir, MdB

„Warum in seinem Namen, wir heißen selber auch“, so heißt es in einem Lied von Herbert Grönemeyer. In wessen Namen die PEGIDA-Organisatoren, deren Anhänger, Sympathisanten und die Mitläufer tun, was sie tun, wissen sie selber nicht. Deshalb fragt man sie auch danach. Interessierte, vielleicht auch beunruhigte Bürger, die diesen komischen Haufen sehen, fragen sich konsterniert bis völlig angewidert, welche Meinungsführerschaft welcher gesellschaftlichen Bewegung und welchen Gedankengutes dort beansprucht wird. Die Wertordnung unserer Gesellschaft wird in Frage gestellt, unsere geschätzten seriösen Medien als „Lügenpresse“ abgestempelt.

Fakt ist: PEGIDA tut das, was die religiösen Fanatiker ihrerseits tun wenn sie „im Namen

Gottes“ ihr Handeln rechtfertigen. Sie vermengen Religion und Politik und laden diesen fremdenfeindlichen, religionsverachtenden und teilweise rassistisch gespickten Haufen von Parolen in vielen Städten ab. Unbelehrbar und ungeachtet der Verachtung, die die Massen von Menschen mit stiller friedlicher Anwesenheit auf Gegendemonstrationen und dem Verdunkeln vom Kölner Dom bis zur Abschaltung des Lichtes der Duisburger Wahrzeichen zeigen, kommen sie, um zu spalten.

Sie wollen unsere Werte spalten:

Werte wie Artikel 5 Grundgesetz Meinungsfreiheit - Werte wie Artikel 4 Grundgesetz Religionsfreiheit - Werte wie unsere freiheitlich-demokratisch Grundordnung.

Eine Bewegung wie PEGIDA, die die Pressefreiheit und die damit verbundenen veröffentlichten und ausgesprochenen Meinungen von Menschen nicht respektiert, darf in Deutschland keinen Platz, nicht mal irgendeinen Pflasterstein in irgendeiner deutschen Stadt zum Verkünden Ihrer Meinung bekommen.

Die eindrucksvolle Kulisse vor dem Brandenburger Tor in Berlin hat es gezeigt. Die Bundesregierung, der Bundespräsident sowie nahezu alle Abgeordneten der SPD, der Grünen und der Linken waren zur Kundgebung angetreten, zu der der Zentralrat der Muslime in Deutschland aufgerufen hatte. Alle Anwesenden hakten sich unter, stellten sich somit schützend zunächst vor die Muslime in Deutschland – und mit etwas Weitblick schützend

vor die Religionsfreiheit in unserem Land insgesamt.

Ein weiterer besonders bezeichnender Moment war für mich der Besuch der Marxloher Moschee am 19. Januar 2015 zusammen mit Ralf Jäger, Mitglied des Landtages und Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, vor der Kundgebung des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage auf dem Duisburger Opernplatz.

In der Marxloher Moschee – diesem „Wunder von Duisburg“, dessen baulicher, religiöser und nachbarschaftlicher Kommunikationsprozess als Blaupause für alle möglicherweise „kritischen“ Bauvorhaben gelten könnte – empfingen uns die Vorstandsvertreter der Gemeinde zu einem offenen und transparenten Empfang. Ihnen brannte die Frage auf den Nägeln, warum wir ihnen denn „die Zeit rauben“, kurz bevor wir alle gegen „DUIGIDA“ mit schierer Anwesenheit von Massen anständiger Duisburgerinnen und Duisburgern ein Zeichen setzen wollten.

Die Antwort auf diese Frage ist bestechend einfach: Es geht nicht um Symbolik. Keine Kameras stehen aufgebaut, und kein einziger Fotoapparat schnappt zu. Es geht um Respekt und Anstand. Respekt davor, dass man eben nicht von dieser Gemeinde in Duisburg

erwartet, dass sie sich mehrmals täglich von Terroristen distanziert. Respekt davor, dass es keine analogen Einrichtungen und Spruchkörper zur katholischen oder evangelischen Kirchen gibt. Ein Anstandsbesuch bei Anständigen. Der Besuch war notwendig, weil bislang keiner der Gemeindevertreter der muslimischen Gemeinde gegenüber diesen Respekt deutlich zugesichert hatte.

Die Bundeskanzlerin zitierte den Bundespräsidenten a.D. Christian Wulff mit den Worten: Das Christentum gehört zu Deutschland. Das Judentum gehört zu Deutschland. Der Islam gehört zu Deutschland. Ich erwische mich selber jedenfalls immer dann beim Zitieren, wenn jemand etwas besser auf den Punkt gebracht hat als ich, oder aber wenn ich mich im Zweifel doch von der Aussage distanzieren möchte, weil es eben nur ein Zitat war. Die Frau Merkel wird es ähnlich halten. Schon damals hatte mich diese Aussage geärgert. Eine Debatte zu beginnen, die keiner braucht, ist das Eine. Eine Aussage zu treffen, für die die eigene Partei und Fraktion im Bundestag die Gefolgschaft bis heute verweigert, das Andere.

Politik mit Religion zu vermengen, sollte man denen überlassen, die es nötig haben.

Religionen gehören nicht zu unserem Land, Menschen gehören zu unserem Land. Menschen, die vor mehr als 40 Jahren eingewandert sind, hier ihre Kinder großzogen und ihre Enkel aufwachsen sehen. Den Menschen gehören die Religionen, so wie das Grundgesetz es eben jedem Religionsanhänger gestattet, sich frei nach dem Selbstverständnis und ohne Begrenzung durch den Staat religiös zu entfalten.

Jeder Mensch, der hier lebt, ist ein Teil Deutschlands. Ein Teil, der für Erfolg und Misserfolg des Landes stehen kann, aber sich in jedem Fall auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen darf. Ein Teil, der seine Meinung sagen darf und seine gewählte Religion bekennen oder verbergen kann, solange er der Freiheit eines jeden Anderen in Deutschland mit Respekt und Anstand begegnet. Wer sich an diese Geschäftsgrundlage hält, gehört zu Deutschland! Und diesen Menschen gehört unser Land und unsere Städte.

Auch Duisburg hat den paar Dutzend DUIGIDA-Anhängern gezeigt, wem diese Stadt gehört – den Tausenden auf dem Opernplatz, die da ihre Plakate hochhielten mit der Aufschrift: „Duisburg ist bunt“!

Jetzt Verantwortung übernehmen

Sozialdemokraten plädieren für wirksame Hilfen für die nordirakische Bevölkerung

von Johannes Jiang

Im November diskutierten die Duisburger Teilnehmer einer BPA-Fahrt mit ihrem Abgeordneten Mahmut Özdemir, MdB, über den Kampf der Terrormiliz Islamischer Staat, die mit äußerster Brutalität gegen ihre Gegner vorgeht und in den von ihnen eroberten Gebieten systematische ethnische Säuberungen durchführt. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor einem Genozid – nur wenige, wie die Peschmerga-Kämpfer der autonomen kurdischen Lokalregierung, bleiben zurück und leisten Widerstand. Die internationale Gemeinschaft kann vor einem drohenden Völkermord nicht wegschauen, sondern steht in der Pflicht. Auch Deutschland muss seine Perspektiven weiterhin gründlich erforschen und entsprechend handeln.

Der Ermordung ganzer Völker, darunter u.a. die Shiiten, Kurden und Jesiden, und der Eroberung immer weiterer Gebiete durch den IS muss ein Ende bereitet werden. Darüber ist sich die Weltgemeinschaft einig. Doch wie so oft in der jüngsten Vergangenheit hat sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht auf ein Mandat für einen militärischen Einsatz gegen die Terrorgruppe Islamischer Staat einigen können. Zwar stellten die Diplomaten fest, die IS verübe



Plastikzelte ohne Wände - Jesidische Flüchtlinge aus dem Nordirak im vom International Rescue Committee geführten Camp Newroz in der syrischen Provinz al-Hasaka. Foto: Rachel Unkovic/International Rescue Committee

„Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Trotzdem sind die Staaten bei der Ausübung ihrer daraus erwachsenden Schutzverantwortung – die „Responsibility to Protect“ – bislang auf sich alleine gestellt gewesen, da das entsprechende UN-Mandat nicht vorliegt.

Dabei ist die wachsende militärische und geostrategische Stärke der IS noch nicht einmal das dringendste Problem. Die humanitäre Lage in der Region ist eine Katastrophe von ungeahntem Ausmaß. Hunderttausende Flüchtlinge haben keine Zuflucht; Wasser und Nahrungsmittel sind bestenfalls knapp, spätestens in Angesicht des kommenden Winters ist die

Versorgung jedoch völlig unzureichend.

Die Bewältigung dieser humanitären Krise ist also eines der akuten Probleme, bei denen insbesondere die Industrienationen gefordert sind, wenn sie es mit ihrer Hilfsbereitschaft ernst meinen. Allerdings sind auch in dieser Hinsicht die bisherigen Erfolge ernüchternd. Als zehntausende Jesiden auf der Flucht vor dem IS auf einem Berg eingekesselt wurden und keinen Zugang zu Wasser und Nahrungsmitteln mehr hatten, waren es nicht etwa deutsche oder französische, amerikanische oder britische Soldaten, die sie retteten, sondern die Kämpfer der kurdischen Unabhängigkeitspartei PKK –

hierzulande wegen ihren Anschlägen gegen unseren NATO-Verbündeten Türkei als Terrororganisation eingestuft. (Siehe hierzu entsprechend S.265 im Verfassungsschutzbericht 2013 des Bundesministeriums des Innern.)

Deutschland muss entschieden dafür antreten, humanitäre Hilfe zu leisten. Das haben alle Fraktionen des Deutschen Bundestags in einer Sondersitzung vom 1. September 2014 bekräftigt. Man ist sich durch die Bank einig, dass Deutschland so vielen Flüchtlingen aus der Region Zuflucht bieten soll wie möglich. Zudem will sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür stark machen, dass Mittel fließen, um den Bedürftigen im Nordirak durch den Winter zu helfen; dazu sollen neben Lebensmitteln und Kleidung auch Wohn-Container finanziert werden. Denn bisweilen müssen in vielen Städten Familien in unfertigen Hochhaus-Baustellen auf dem Betonboden schlafen. Mit den Worten unseres SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann: „Wir müssen jetzt Verantwortung übernehmen.“ Dafür müsse nun geprüft werden, in welchem Umfang und zu welchen Unterbringungs- und Versorgungsbedingungen deutsche Städte und Gemeinden nordirakische und syrische Asylsuchende aufnehmen können.

Wie Deutschland in militärischer Hinsicht Verantwortung übernehmen soll, ist eine andere Frage. In der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 1. September hat die Mehrheit des Parlaments Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga-Kämpfer zugestimmt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat diesen Beschluss mehrheitlich mitgetragen. Dabei war es eine Abwägungsfrage, bei der jeder Abgeordnete, so wie es in Artikel 38 Absatz 1 Grundgesetz verankert ist, nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet war: Wie wiegen wir die Gefahr eines drohenden Völkermords gegen die Unsicherheit ab, wem diese Waffen langfristig in die Hände fallen?

Keine einfache Entscheidung für die Abgeordneten, von denen viele in der Plenardebatte leidenschaftlich argumentierten. Die Fraktion DIE LINKE warf der Regierungskoalition vor, sie wolle unter dem Vorwand humanitärer Hilfe einen weiteren Rüstungsdeal abwickeln und einen Präzedenzfall schaffen, auf Grundlage dessen in Zukunft vermehrt Waffen in Krisengebiete geliefert werden sollen. Diesen Vorwurf wies der SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann entschieden zurück; es handele sich um keinen Rüstungsexport zu wirtschaftlichen Zwecken, sondern um überlebensnotwendige Waffen, ohne die die Peschmerga gegen den IS nicht

bestehen kann. Außerdem habe die Bundesregierung bereits mehrfach betont, dass solche Waffenlieferungen die absolute Ausnahme darstellen. Die Welt dürfe nicht einfach tatenlos zuschauen, nur weil das UN-Mandat fehlt. Man denke nur an den Völkermord in Ruanda, wo genau dies geschehen sei. Einen solchen Fehler dürfe man nie wieder begehen; Deutschland müsse jetzt Verantwortung übernehmen.

Letztendlich hat die Mehrheit der Abgeordneten der Bundesregierung den Rücken gestärkt und für die Waffenlieferungen gestimmt. Allerdings haben auch viele Abgeordnete der Regierungskoalition sich kein „Ja“-Votum abringen können. Das damit verbundene geopolitische Risiko sei nicht mit ihrem Gewissen vereinbar, begründete z.B. die SPD-Abgeordnete Cansel Kiziltepe aus Berlin ihr „Nein“.

Auch der Duisburger Mahmut Özdemir tat sich mit der Entscheidung schwer, stimmte letztlich mit „Ja“. Allerdings gibt er zu bedenken, dass der Verbleib der Waffen im Angesicht des weiteren Verlaufs der Dinge genauestens beobachtet und kritisch evaluiert werden muss. Ob die Waffenlieferungen die richtige Maßnahme waren, könne man letztendlich nur entsprechend der aktuellen Lage beantworten. Ob er ein erneutes „Ja“ aussprechen könne, zog er in Zweifel.

Die Mietpreisbremse kommt

Die von der SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzten Maßnahmen bieten Mietern effektiven Schutz vor wuchernden Miet- und Provisionszahlungen

Gastbeitrag von Dirk Wiese, MdB

Die Regelungen zur Mietpreisbremse im Koalitionsvertrag und der daraus resultierende Gesetzentwurf der Bundesregierung sind ein großer Erfolg für die SPD, denn sie tragen ganz eindeutig unsere sozialdemokratische Handschrift. Für uns war immer klar: Sich eine ordentliche Wohnung mit funktionierender Heizung leisten zu können ist eine Existenzfrage und Frage der Menschenwürde und darf deshalb nicht zu einem Luxusgut werden. Die Politik hat hier ganz deutlich die Pflicht dafür zu sorgen, dass Wohnraum bezahlbar ist und bleibt, auch wenn man als Mieter über weniger Geld verfügt als andere.

Die letzte Bundesregierung hatte dafür aber wenig bis nichts getan, obwohl damals schon dringender Handlungsbedarf bestand. An diesem Bedarf hat sich bis heute nichts geändert. So wächst derzeit in vielen deutschen Großstädten eine neue Wohnungsnot heran. Ursächlich sind die enormen Preisanstiege bei Wiedervermietungen in Ballungszentren, attraktiven Städten und Hochschulstandorten. Bedingt werden diese Anstiege auch durch die große Nachfrage nach freiwerdenden Mietwohnungen in ansprechenden Wohnlagen auf bestimmten Teilmärkten. Bestimmte Gruppen wie Studenten, Rentner oder Geringverdiener haben oft das



Bild: SPD/ Susie Knoll/ Florian Jaenicke

Nachsehen und können sich die neuen Preise schlicht und einfach nicht leisten. Nach Statistiken des Deutschen Mieterbundes liegen die Wiedervermietungsmieten teilweise 30 Prozent und mehr über den Vergleichsmieten.

Mit der Schaffung der Mietpreisbremse ziehen wir nun den Schlussstrich unter diese Preissteigerungsspirale. Damit können die Länder vor allem in den hauptsächlich betroffenen Universitäts- und Großstädten exzessive Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen begrenzen. Das heißt, der Vermieter darf in Lagen mit angespanntem Wohnungsmarkt für die Wohnung nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete bei Mieterwechsel verlangen. Diese Mietpreisbremse hat eine zweifache Wirkung: zum einen steigen Mieten bei Wiedervermietung von Wohnungen nicht mehr unbegrenzt und der Anstieg ortsüblicher Vergleichsmieten wird ebenfalls begrenzt. Wichtig ist, dass die Mietpreisbremse auch für Staffelmietverträge gilt. Es gibt also für die



Vermieter keinerlei Umgehungsmöglichkeiten. Auch eine Kopplung der Mietpreisbremse an die Existenz eines qualifizierten Mietspiegels hat die SPD verhindert. Denn damit wären viele Gemeinden, in denen es keinen qualifizierten Mietspiegel gibt, von vornherein ausgeschlossen gewesen. Wir wollen durch den besseren Mieterschutz aber keine Investitionen in den notwendigen Neubau behindern. Deswegen ist die Vermietung neu gebauter Wohnungen und umfassend modernisierter Wohnungen ausgenommen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Mietpreisbremse ist das Bestellerprinzip bei Maklerverträgen. Das heißt: Wer künftig den Makler beauftragt, der zahlt auch dessen Rechnung. Das ist ein klassisches Prinzip im täglichen Leben. Jetzt gilt es auch bei der Wohnungssuche.

Die Mietpreisbremse und die Einführung des Bestellerprinzips sind aber nur ein Teil eines geplanten Maßnahmenbündels der Bundesregierung. Nachdem wir die Mietpreisbremse Anfang 2015 verabschiedet haben, werden wir uns in einer zweiten Tranche mit weiteren Änderungen im Mietrecht befassen. Zunächst werden wir uns mit der Erstellung von Mietspiegeln befassen und sicherstellen, dass diese eine möglichst hohe Qualität aufweisen. Ferner werden wir uns mit Gesetzgebungsbedarf bei der Festlegung der ortsüblichen Vergleichsmieten im Mietspiegel, bei Mieterhöhungen nach Modernisierungen, bei der Förderung des Umbaus für altersgerechtes Wohnen und der Schaffung von Härtefallklausel bei Modernisierung im Bestand beschäftigen. Hierzu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die mehrere

Bundesministerien, einzelne Experten, sowie wichtige Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft umfasst. Ohne mich festlegen zu wollen, werden wir noch weitere Themen prüfen, so z.B. die zulässige Flächenabweichung bei Mietwohnungen, die bisher nur gerichtlich geregelt worden ist, sowie verschiedene andere Themenbereiche, die bereits im Koalitionsvertrag erwähnt sind.

Flankiert werden die rechtlichen Änderungen im Mietrecht durch Bau- und Investitionsprogramme des Bundes und der Länder. So hat beispielsweise der nordrhein-westfälische SPD-Landesminister Michael Groschek allein im vergangenen Jahr 800 Millionen Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt. Man kann also ganz klar sagen: Die SPD tut etwas für die Mieterinnen und Mieter in Deutschland.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir Treffen mit verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei möglicher politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings sollte diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats, zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir zugesagt, alle seine geführten Gespräche öffentlich zu dokumentieren. Hier eine Übersicht über die vergangenen Wochen und Monate:

15.07.2014	Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender dbb Beamtenbund und Tarifunion
01.08.2014	Norbert Maul, Geschäftsführer Jobcenter Duisburg Wolfgang Schmitz, Geschäftsführer Haus der Unternehmer
19.08.2014	Jens Looch, Leitung Personalführung und Arbeitswirtschaft Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
21.08.2014	Christian Leufert, Verbandsbeauftragter Bundesverband Mittelständische Wirtschaft Metropole Ruhr
30.08.2014	„Kanalleben in Gelsenkirchen“ Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Duisburg-Meiderich
09.09.2014	Timo Lange, Campaigner LobbyControl e.V.
30.09.2014	Praxistag Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Duisburg-Meiderich
02.10.2014	Selda Baykal, Leiterin MBE AWO Integration
13.10.2014	Dr. Karsten Schneider, Leiter Abt. Beamte und öfftl. Dienst DGB-Bundesvorstand
15.10.2014	Hartmut Schönmeier, Stabshauptmann a.D., Fachbereich Besoldung Deutscher Bundeswehrverband
21.10.2014	Ingo Wald, Geschäftsführer Krohne Messtechnik GmbH
23.10.2014	Dr. Martin Grimm, Dr. Stefan Mager Aulinger Rechtsanwälte & Notare
29.10.2014	Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“ Microsoft Deutschland

29.10.2014	Show-Kochen zum 50-jährigen Jubiläum METRO Duisburg
03.11.2014	Dr. Alexandros Tassinopoulos, Leiter Hauptstadtvertretung Bundesagentur für Arbeit
21.11.2014	Norbert Maul, Geschäftsführer Jobcenter Duisburg
26.11.2014	Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär Ver.di
11.12.2014	Jürgen Effenberger, Vorstand Mieterbund Rhein-Ruhr e.V.
14.01.2015	Thorsten Recker, Dr. Wilhelm Pielsticker, Kathrin Zabel Telekom AG & Deutsche Post AG
14.01.2015	Oberstleutnant André Wüstner, Bundesvorsitzender Deutscher BundeswehrVerband
15.01.2015	Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär; Matthias Flickschu, Fachgebietsleiter Ver.di
19.01.2015	Philipp Brieskorn, Geschäftsleiter METRO Duisburg
19.01.2015	Wolfgang Wehrend, Oberstleutnant d.R., Landesvorsitzender NRW Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
20.01.2015	Katharina Legge, Michael Kolle, beide Projektmanager DB Projektbau GmbH
20.01.2015	Stephan Simon, Axel Lemmen Malteser Hilfsdienst e.V. Duisburg

Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt ihr nachlesen, wie euer MdB im Einzelnen abgestimmt hat.



18.12.2014	Fortsetzung der Bundeswehrebeteiligung an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im Mittelmeer Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses Drs. 18/3247 und 18/3584	Ja
18.12.2014	Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support Mission für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses Drs. 18/3246 und 18/3583	Ja
18.12.2014	Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drs. 18/2848 und 18/3598	Ja
18.12.2014	Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/2848, 18/3598, 18/3601	Nein
28.11.2014	Haushaltsgesetz 2015 Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/3278, 18/2000, 18/2002, 18/2806, 18/2811, 18/2814, 18/2815, 18/2823, 18/2824, 18/2825	Nein
28.11.2014	Haushaltsgesetz 2015 Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drs. 18/2000, 18/2002, 18/2802, 18/2805 bis 18/2815, 18/2817, 18/2818, 18/2821 bis 18/2825	Ja
26.11.2014	Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 Einzelplan 04 – Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt Drs. 18/2000, 18/2002, 18/2823, 18/2824	Ja
13.11.2014	Fortsetzung der Bundeswehrebeteiligung an der UN-Mission UNAMID in Darfur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses Drs. 18/3006, 18/3193	Ja

13.11.2014	Fortsetzung der Bundeswehrbeteiligung an der UN-Mission UNMISS im Südsudan Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses Drs. 18/3005, 18/3191	Ja
13.11.2014	Bundesausbildungsförderungsgesetz 2. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/2663, 18/3142, 18/3183	Nein
13.11.2014	Bundesausbildungsförderungsgesetz 1. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/2663, 18/3142, 18/3182	Nein
13.11.2014	Bundesausbildungsförderungsgesetz 2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drs. 18/2663, 18/3142, 18/3181	Nein
13.11.2014	Bundesausbildungsförderungsgesetz 1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drs. 18/2663, 18/3142, 18/3177	Nein
13.11.2014	Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drs. 18/2663, 18/3142	Ja
13.11.2014	Bund-Länder-Wissenschaftskooperation Änderung des Art. 91b Grundgesetz Gesetzesentwurf der Bundesregierung Drs. 18/2710, 18/3141	Ja
13.11.2014	Bund-Länder-Wissenschaftskooperation Änderung des Art. 91b Grundgesetz Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/2710, 18/3141, 18/3163	Nein
13.11.2014	Bund-Länder-Wissenschaftskooperation Änderung des Art. 91b Grundgesetz Änderungsantrag DIE LINKE Drs. 18/2710, 18/3141, 18/3162	Nein
17.10.2014	Pflegeversicherungsreform Entschließungsantrag Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/1798, 18/2379, 18/2909, 18/2912	Nein
17.10.2014	Pflegeversicherungsreform Entschließungsantrag DIE LINKE Drs. 18/1798, 18/2379, 18/2909, 18/2912	Nein
17.10.2014	Pflegeversicherungsreform Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/1798, 18/2379, 18/2909, 18/2912	Nein

17.10.2014	Pflegeversicherungsreform Änderungsantrag DIE LINKE Drs. 18/1798, 18/2379, 18/2909, 18/2912	Nein
16.10.2014	Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin Entschließungsantrag Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/2895	Nein
25.09.2014	Freihandelsabkommen der EU mit USA und Kanada Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/2646	Ja
25.09.2014	Freihandelsabkommen der EU mit USA und Kanada 2. Entschließungsantrag DIE LINKE Drs. 18/2611	Nein
25.09.2014	Freihandelsabkommen der EU mit USA und Kanada 1. Entschließungsantrag DIE LINKE Drs. 18/2612	Nein

Berlin, Berlin, nur du allein



BPA-Fahrt im August 2014: Regen in Duisburg, Sonne satt in Berlin ... wenn „Duisburger Engel reisen“! Auf dem Vier-Tage-Programm standen neben dem Treffen mit Mahmut im Reichstag, die Dauerausstellung Tränenpalast, ein Besuch in Potsdam sowie eine Führung durch das Willy-Brandt-Haus.



BPA-Fahrt im November 2014: Eine tolle Truppe war auch auf der Herbstfahrt dabei! Das Programm bot allen wieder einige Highlights: Ein Besuch im Bundesinnenministerium, die Landesvertretung NRW, die Gedenkstätte Hohenschönhausen und das Bundeskanzleramt. Im Reichstag wurde die Gruppe dann von Mahmut im SPD-Fraktionssaal empfangen.

Hooligans, Rechte und der Fußball

von Jascha Kestler - Praktikant im Wahlkreisbüro

Früher war ein Besuch im Fußballstadion mit viel Freude am Spiel, manchmal auch mit anschließender Trauer, auf jeden Fall immer mit Bratwurst und hundert Prozent Vereinsliebe verbunden. Man fühlte sich im Spiel vereint, unterstützte die Mannschaft mit Fangesängen und Choreografien.

Seit ein paar Jahren wandelt sich dieses Bild. Die Schlagzeilen werden nicht mehr von spektakulären Spielszenen auf dem Feld bestimmt, sondern von Schreckensnachrichten über Gewalt, Verletzte und Tote im Stadion. Einzelne, immer größer werdende Gruppen, die sich fälschlicherweise als „Fußball-Fans“ titulieren, benutzen die Fußballstadien als Plattform für ihre Aggressionen und Gewaltbereitschaft.

Erst jüngst vereinten sich gewaltbereite, rechtsradikale Hooligans verschiedener Fußballvereine, um unter dem Vorwand, gegen Salafisten demonstrieren zu wollen, ihren Fremdenhass und ihre Gewaltbereitschaft auszuleben - Stichwort: Hooligans gegen Salafisten, kurz HoGeSa.

Die Problematik der religiösen Radikalisierung wurde instrumentalisiert, um die Versammlungsfreiheit zu letztendlich verfassungsfeindlichen Zwecken zu missbrauchen.

Dies ist nur ein Zwischenfall in einer an Popularität zunehmenden Bewegung, welche gerade auch bei jungen Menschen immer mehr Anhänger findet. Die Gründe dafür sind meistens dieselben: Frustrierte Jugendliche suchen vergeblich nach Anerkennung, Zuspruch und Geborgenheit in unserer Gesellschaft und meinen in ihrer Leichtgläubigkeit, all das in solchen Hooligan-Gruppen finden zu können.

Diese Vorgehensweise zur Neuanwerbung von Anhängern ist bereits aus einem anderen Bereich bekannt. Auf gleiche Art und Weise und mit ähnlichen Versprechungen locken auch rechte Gruppierungen Jugendlichen zu sich. Neu ist, dass bei den HoGeSa-Aufmärschen erstmals Hooligans und Neonazis Schulter an Schulter demonstrierten. Ein verhängnisvolles Bündnis für unsere Zivilgesellschaft: Erstmals verbündeten sich extreme Randgruppen, deren Ideologien sich grundsätzlich nicht überschneiden, die aber in ihrem Gewaltfanatismus und ihrer Zügellosigkeit ihre Gemeinsamkeiten gefunden haben.

Einigen Bürgerinnen und Bürgern mögen diese Hooligan-Demos keinen Grund zur Sorge bereiten: rechtsextreme Randgruppen seien zwar trotz großer Öffentlichkeit zahlenmäßig

klein und für die meisten Jugendlichen unattraktiv.

Allerdings geht uns diese Problematik sehr wohl etwas an. Es darf nicht sein, dass rechte Gruppen den Fußball als Bühne für Gewalt missbrauchen, dass dadurch die Sicherheit in den Stadien erheblich beeinträchtigt wird und Bund, Länder und Kommunen Unsummen allein für die notwendigen Polizeieinsätze zahlen müssen. Die sozialen Missstände, mit denen viele Jugendliche und junge Erwachsene zu kämpfen haben, dürfen nicht von den Gruppierungen ausgenutzt werden, um neue Mitglieder zu rekrutieren.

Die Aufgabe muss es hier sein, den Jugendlichen Perspektiven abseits von Gewalt aufzuzeigen und ihnen dabei zu helfen, ein geregeltes Leben in einem stabilen Umfeld zu führen – weit weg von Hooligans, Rechten und anderen dubiosen Gruppierungen.

Die finanzielle Förderung von sozialen Einrichtungen und Sportvereinen sowie die Schaffung besserer Bildungschancen können dazu beitragen, das zu erreichen. Das dort investierte Geld wird sich später, beispielsweise auf Grund reduzierter Einsätze der Polizei im Bereich der Hooligan-Szene, um ein Vielfaches auszahlen.

Glücklich in Texas – was alles so passiert ist...

Ein kleiner Bericht unserer PPP-Stipendiatin Carla Witthüser nach vier Monaten in den USA

Ihre Mail vom 07. Dezember 2014

Lieber Herr Özdemir,

ich möchte mich nochmals bedanken für dieses Jahr. Ich wollte mich schon viel früher melden, aber die Zeit vergeht so schnell, das ist unglaublich. In ein paar Tagen sind es schon vier Monate, doch es kommt mir vor, als wäre ich hier seit mindestens acht Monaten.

Unser Wetter spielt momentan total verrückt und wechselt von drei Grad am Morgen zu 25°C nach der Schule, da kommt man leider nicht wirklich in Weihnachtsstimmung. Wenn es aber dunkel wird, gehen alle Lichter an und die Leute dekorieren ihre Häuser wie in den Filmen.

Ich liebe meine Schule! - Es ist so, wie man sich das immer vorstellt, mit den typischen Klassenräumen, Lunch, Football Games und dem School Spirit. Es wird viel mehr Technik im Unterricht benutzt und manchmal kommt es einem vor, als ob man in der Zukunft sei. Da können die Kreidetafeln in Deutschland nicht wirklich mithalten.

An das Schulsystem werde ich mich wohl nie gewöhnen, weil es einfach so anders ist. Ich habe sechs Fächer: Fashion Design, Englisch, U.S. History, Mathe, Wirtschaft und Französisch - und diese jeden Tag. Man lernt nicht wirklich viel und die meisten Tests sind zum Ankreuzen.

In der Freizeit kann man relativ viel machen, doch man braucht dafür immer jemanden, der einen irgendwo hinfährt. Es gibt Busse, aber die haben komische Strecken d.h. ich brauche damit 1Std. 30 zu meiner Freundin oder nur 13 Minuten mit dem Auto. Das nervt manchmal schon.

Meine Familie ist echt super und ich kann mir nicht vorstellen, wie ich das ohne Geschwister in Deutschland aushalten werde. Es ist echt erstaunlich: Man kommt hier hin und kennt wirklich niemanden. Es braucht Zeit, doch dann baut man sich alles auf und man hat das Gefühl man kennt die Leute schon sein Leben lang. Auf Weihnachten und Neujahr freue ich mich sehr.

Ich hoffe, es geht Ihnen allen gut und Sie haben eine wunderschöne Weihnachtszeit und genießen den Weihnachtsmarkt, Lebkuchen und all die tollen Dinge, die es hier nicht gibt. Und natürlich einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ganz liebe Grüße sendet Ihnen
Carla Witthüser



Carla Witthüser und Mahmut Özdemir MdB - zwei Wochen vor der Abreise der Schülerin in die USA.

Aus dem Büro

Interview mit Zehra Hekim

Als Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages debattiert Mahmut Özdemir, MdB über komplexe rechtliche Sachverhalte. Bei der Recherche und der fachlichen Aufbereitung seiner Arbeit unterstützt ihn seit Mitte November die wissenschaftliche Referentin Zehra Hekim. Ein Interview.

Liebe Zehra, Du bist die wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro von Mahmut Özdemir. Als solche betreust Du u.a. innenpolitische Themen. Wie bist Du auf den Job gekommen?

Von Mahmut Özdemir als MdB hörte ich kurz nach der Bundestagswahl im letzten Jahr, denn gerade als jüngster Abgeordneter im Bundestag zieht man sehr schnell die Aufmerksamkeit auf sich. Auf die freie Stelle bin ich dann zufällig aufmerksam geworden und habe eine Initiativbewerbung geschrieben. Und jetzt bin ich hier!

Und ich bin sehr froh darüber, denn schon während meines Studiums und der Referendariatszeit konnte ich mir die Arbeit im gesetzgeberischen und rechtspolitischen Bereich gut vorstellen. Wir alle sind von den Prozessen im Parlament und den Ministerien in unserem Alltag betroffen. In diesem Zuge war es auch entscheidend für mich, dass ich für die SPD tätig sein kann, denn die sozialdemo-

kratischen Ideale von Chancengleichheit und Gerechtigkeit sind mir sehr wichtig.

Genau wie Mahmut bist auch Du ausgebildete Juristin – und zudem kommst Du ursprünglich auch nicht aus Berlin, richtig?

Das stimmt. Ganz ursprünglich liegen meine Wurzeln in der Türkei, denn meine Eltern sind dort geboren. Aus diesem Grund habe ich auch die deutsche und die türkische Staatsbürgerschaft. Da meine Eltern den Antrag auf Einbürgerung noch vor dem Jahre 2000 stellten, musste ich mich glücklicherweise nie zwischen den beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Das war sehr bedeutend für mich, da meine Wurzeln einen großen Teil meiner Identität ausmachen. Umso besser ist es nun, dass diese Optionspflicht, nicht zuletzt durch das starke Bestreben der SPD, wieder abgeschafft wird.

Geboren und aufgewachsen bin ich in einer kleinen Stadt nördlich von Hamburg. Studiert habe ich an der juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover und mein Referendariat habe ich in Niedersachsen und zum Teil in Brüssel absolviert. Im März zog ich dann nach Berlin, denn diese Stadt war schon immer ein großer Anreiz für mich. Die Stadt polarisiert und für manche ist sie einfach



nur zu laut und zu groß, aber für mich ist sie voller Geschichte und verschiedenster, interessanter Facetten.

Du bist bei den Sitzungen des Innenausschusses immer live dabei. Wie läuft so eine Sitzung ab und bewahrheitet sich die Aussage, dass es im Bundestag angesichts der kleinen Opposition langweilig geworden ist?

Langweilig wird es im Bundestag, insbesondere im Innenausschuss, trotz großer Koalition definitiv nicht. Der Innenausschuss versucht die innere Sicherheit für die Gemeinschaft und die Rechte des Einzelnen in Einklang zu bringen. Dazu werden alle Gesetze vor der Beschlussfassung beraten und es wird versucht, bereits im Ausschuss einen mehrheitsfähigen Kompromiss zu finden. Circa eine Woche vor der Sitzung wird die Tagesordnung bekannt gegeben. Dann geht meine Arbeit bezüglich des

Innenausschusses so richtig los. Ich bereite die Themen, zu denen Mahmut als Berichterstatter vorgesehen ist, inhaltlich und juristisch auf und versuche ihn damit für den Fall einer möglichen Debatte, beispielsweise mit der Opposition, zu unterstützen. Damit die Rechte der parlamentarischen Opposition mit 127 Sitzen gewahrt bleiben, hat der Bundestag die Geschäftsordnung ergänzt. Dabei wurden die Antragsquoten für die 18. Legislaturperiode den bestehenden

Mehrheitsverhältnissen angepasst und heruntergesetzt. Damit kann die Opposition bereits mit 20 Prozent der Gesamtsitzzahl, also 120 Stimmen, Anträge stellen.

Manche Arbeitstage im Bundestagsbüro können sehr lang werden – wie erholst Du dich davon?

Die Atmosphäre in unserem Büro ist sehr angenehm und die Arbeit sehr abwechslungsreich und spannend, so dass sich die Tage nicht so lang anfühlen, wie

sie vielleicht tatsächlich sind. Aber ich versuche mich natürlich an den Wochenenden zu entspannen und Kraft zu tanken für die kommende Woche. Ich gehe ins Fitnessstudio, gut essen, treffe Freunde und besuche meine Familie im Norden, denn am Deich an der Elbe kann man sich gut den Kopf vom Wind „freipusten“ lassen.

Lieben Dank für das Interview!